

**AUSLANDSBÜRO  
GROßBRITANNIEN**  
ALEXANDER DILTHEY  
MAXIMILLIAN HOELL  
CLAUDIA CRAWFORD

8 JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

## Embracing the Shift of Powers German, British and European Perspectives

**Am 7. und 8. Mai 2011 führte die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit dem Oxford German Forum 2011 an der Oxford Union eine Konferenz unter dem Titel „Embracing the Shift of Powers“ durch. In vier Diskussionsrunden mit herausragender Besetzung in den Podien wurde der Frage nachgegangen, wie sich Europa in einer sich schnell verändernden Welt behaupten wird. Die gut, vor allem von Studenten besuchte Konferenz zeigte die Notwendigkeit aus, sich intensiv mit dem Thema Globalisierung auseinanderzusetzen.**

China möchte helfen, finanziell straukelnde Euro-Länder zu stabilisieren, und indische Unternehmer übernehmen europäische Traditionsunternehmen. Solche Nachrichten machen hellhörig. Sie zeigen an, dass sich Machtverhältnisse in der Welt verschieben. Die „Emerging Economies“ entfalten wirtschaftliche Kraft, die ihnen Einflüsse in das Weltgeschehen erlauben, die über wirtschaftliche Fragen hinausreichen. Aber in welche Richtung? Wie werden sich diese neuen Machtverhältnisse auf den Westen auswirken und in welcher Weise kann dieser sich auf diese Entwicklungen vorbereiten? Dieser Frage ging die Konferenz „Embracing the Shift of Powers“ nach, wobei sich auf vier Schwerpunktthemen konzentriert wurde: Emerging Economies; Education in a Knowledge-based Society; Integration Policies und die globale Rolle der EU. Diese Themen wurden jeweils durch ein Panel repräsentiert.

Zunächst ist das wirtschaftliche Wachstum eine große Chance für die „Emerging Eco-

nomies“. Diese Entwicklung kann zum Beispiel zu einer Verbesserung der Lebensqualität, besser Bildung und medizinischer Versorgung von Millionen von Menschen führen. Deshalb ist dieser „Shift of Powers“ zunächst kein Prozess, vor dem man sich fürchten sollte. Aufzuhalten ist er sowieso nicht. Aber die Frage ist, wie sich der Westen darauf vorbereitet.

Der bekannte Oxford- und Harvard-Historiker Niall Ferguson beschreibt den „Shift of Powers“ als die „wichtigste Transformation der letzten 500 Jahre“. Und doch spielen er, und seine Implikationen, im öffentlichen Diskurs noch nicht immer eine angemessene Rolle. Das Oxford German Forum und die Konrad Adenauer Stiftung als Veranstalter der Konferenz hatten deshalb zum Ziel, einen Beitrag zur öffentlichen Debatte zu leisten, der vor allem junge Menschen anspricht, die am meisten von den Änderungen betroffen sein werden. Der Diskurs fand zwischen Experten, Politikern und Entscheidungsträgern gemeinsam mit etwas 100 Studenten der University of Oxford und aus anderen Teilen Großbritanniens und Europas, statt.

Dieser Bericht stellt die wesentlichen Diskussionspunkte und Ergebnisse der Panels vor. Es ist das erste Wort des Titels dieser Konferenz, das im Gedächtnis bleiben sollte: „Embracing the Shift of Powers“. Der Wechsel identifiziert merkbare Herausforderungen die jedoch als Chancen greifbar sind. Wenn Europa sich auf einige seiner Stärken einheitlich zurückbesinnt, kann es sich dem „Shift of Powers“ in eine günstige Position stellen und somit Risiken minimieren und Möglichkeiten nutzen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO**

**GROßBRITANNIEN**

ALEXANDER DILTHEY  
MAXIMILLIAN HOELL  
CLAUDIA CRAWFORD

8. JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

**Panel I: Emerging Economies – Chances, Cooperation and Competition**

„Emerging Economies“ und der „Shift of Powers“: Die kraftvolle wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern legt den Grundstein der Machtverschiebung. Schon an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts lässt sich messen, wie weit sich die ökonomischen Gleichgewichte in der Welt bereits verändert haben. Diese ökonomische Kräfteverschiebung hat bereits vor ein bis zwei Jahrzehnten eingesetzt, der sich daraus ergebende zunehmende politische Einfluss zum Beispiel in Gremien wie der G20 beginnt sich aber erst seit den letzten Jahren deutlich abzuzeichnen.

Es hat bereits symbolische Bedeutung, zu welchem Zeitpunkt das BIP der Volksrepublik China das der USA übertreffen wird. Zu Anfang des neuen Jahrtausends noch auf ca. 2030 geschätzt, gehen Investmentbanken wie Goldman Sachs inzwischen eher von 2020 – 2025 aus. Sehr gut vorstellbar ist, dass nach einer Phase der Konzentration auf Produkte im unteren Bereich der Wertschöpfungskette in den „Emerging Economies“, durch verstärkte Anstrengungen in Bildung und Forschung auch das technologische Niveau der westlichen Länder erreicht und vielleicht sogar übertroffen wird. Die daraus resultierenden Herausforderungen – Konkurrenz auf sicher geglaubten Märkten, bei etablierten Produkten – treffen auf saturierte westliche Gesellschaften, die diesen Entwicklungen nicht dynamisch begegnen können – denn dazu sind sie zu überaltert und weniger flexibel. Obwohl nicht alle „Emerging Economies“ so dynamisch wachsen wie China, so ist nicht zu übersehen, sie erhebliches Potential haben, was sie nutzen werden und somit der Westen herausgefordert ist.

Wie genau jedoch diese Entwicklung verlaufen wird und welche Implikationen sich daraus ergeben, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab und ist nicht exakt vorherzusagen. In einem optimistischen Szenario führt das Wirtschaftswachstum in den „Emerging Economies“ zu einem erhöhten Lebensstandard, besserer medizinischer Versorgung und mittelfristig auch zu demokratischeren

Gesellschaften. Die Wertvorstellungen des Westens und Ostens in diesem Szenario nähern sich einander an und der weiter ver-netzte weltweite Handel führt zu Stabilität und Frieden. In einem pessimistischeren Szenario könnte es dagegen passieren, dass die erhoffte Demokratisierung z.B. Chinas nicht einsetzt und zunehmende Konkurrenz auch zu zunehmenden Konflikten und einer Marginalisierung des Westens führt.

Beide Szenarien sind möglich und vergegenwärtigen die ökonomischen Chancen und Risiken, die sich durch den Aufstieg der „Emerging Economies“ ergeben. Das Oxford German Forum und die Konrad Adenauer-Stiftung haben vier Experten eingeladen, um diese Fragen im Panel „Emerging Economies – Chances, Cooperation and Competition“ zu diskutieren: Dr. Heribert Dieter, Professor Clemens Fuest, Navi Radjou und Dr. Rebecca Harding als Moderatorin.

Einigkeit herrschte im Panel darüber, dass die wirtschaftliche Entwicklung Chinas (und in Teilen auch Indiens und anderer Schwellenländern) der letzten Jahrzehnte beeindruckend ist: Indikatoren wie das jährliche Wirtschaftswachstum, Pro-Kopf-Einkommen oder Weltmarktanteile chinesischer Unternehmen belegen das. Ob dies so fortgesetzt werden kann, ist unklar: die demographische Entwicklung in China stellt ein mittelfristiges Risiko dar, ebenso wie Konflikte innerhalb der chinesischen Gesellschaft und Korruption. Insgesamt beurteilte das Panel die Wachstumsperspektiven für China als positiv, ebenso wie für Indien, das eher in anderen Wirtschaftsbereichen (z.B. Dienstleistungen, Informationstechnologie und Medizin) aktiv ist. Bisher, dies sei zu bedenken, habe China mit allen prophezeiten Herausforderungen erfolgreich umzugehen verstanden.

Worin liegen die Gründe für diese beeindruckende Entwicklung? Professor Fuest bemerkte dazu, dass die Politik der chinesischen Regierung der ökonomischen Standard-Lehrmeinung widerspricht: nach dieser müsste ein sich entwickelndes Land so schnell wie möglich alle Barrieren für Handel und Kapitalverkehr abbauen, um ausländischen Investoren zu ermöglichen, Kapital im

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO  
GROßBRITANNIEN**

ALEXANDER DILTHEY  
MAXIMILLIAN HOELL  
CLAUDIA CRAWFORD

8. JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

Land zu investieren. Tatsächlich aber geschieht das Gegenteil: der Kapitalfluss ist umgekehrt, China akkumuliert ausländische Devisenreserven. Inzwischen, so Fuest, gebe es Studien, die nahelegten, dass ein gewisser Protektionismus zu Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes hilfreich sein könnte, um einheimische Industriebetriebe zu schützen und ihnen die Entwicklung hin zum Export von Waren zu ermöglichen. Erst später dann sei eine vollständige Öffnung und weitgehende Liberalisierung von Kapital- und Warenverkehr empfehlenswert.

Was bedeutet der Aufstieg der „Emerging Economies“ für die etablierten westlichen Unternehmen und die westlichen Arbeitnehmer? Hierüber war das Panel sich einig: mehr Wettbewerb. Wie kann man die westlichen Gesellschaften auf diesen erhöhten Wettbewerb vorbereiten? Hierzu wies Dr. Harding auf die Bedeutung von Innovation und Unternehmergeist hin, insbesondere auch im Bereich der kleineren und mittleren Unternehmen. Obwohl es in diesen Bereichen Defizite gebe, hätten die westlichen Gesellschaften nach wie vor die Fähigkeit zu Forschung, Entwicklung und Innovation: diese Stärken gelte es zu stärken.

Welche Bedeutung hat das gewachsene ökonomische Gewicht der „Emerging Economies“ im politischen Bereich? Dr. Dieter erläuterte, dass es dazu zwei verschiedene Deutungsansätze gebe: eine Denkschule postuliere, dass ein höherer Grad an Multipolarität zu mehr internationaler Stabilität und verbesserten internationalen Institutionen führen würde. Die andere Denkschule dagegen gehe davon aus, dass Multipolarität negative Auswirkungen auf Handlungsfähigkeit internationaler Institutionen und internationale Stabilität haben werde. Die bisherigen Erfahrungen, so Dieter, legten eher nahe, dass der gewachsene Einfluss von Indien und China nicht zu effizienteren internationalen Institutionen führen würde. Ein eindrückliches Beispiel dafür seien die Versuche, den Klimawandel einzudämmen, bei denen sich insbesondere die chinesische Regierung nicht sehr kooperativ verhalten habe.

Welche wirtschaftlichen Chancen ergeben sich durch den Aufstieg von Ländern wie Indien und China? Navi Radjou wies dazu zunächst auf die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Indien und China hin und dass Indien wesentlich stärker im Dienstleistungsbereich und in wissensintensiven Wirtschaftszweigen involviert sei. Gerade in Indien ergäben sich, so Radjou, einerseits interessante Kooperationsmöglichkeiten zwischen westlichen und indischen Firmen und andererseits völlig neue Märkte. So führe der gewachsene Wohlstand in Indien, der sich nicht nur auf die Städte konzentriere, zu einer erhöhten Nachfrage nach preiswerten und zuverlässigen medizinischen Diagnosegeräten. Um diese Nachfrage zu befriedigen, hätten europäische und indische Unternehmen zusammen neue, auf den indischen Markt zielende, EKG-Geräte entwickelt – zum gegenseitigen Vorteil, denn Forschungs- und Entwicklungszentren würden auch von indischen Unternehmen gerne in Europa angesiedelt.

Welche **Schlussfolgerungen** lassen sich also ziehen? Erstens, dass die Verschiebung der wirtschaftlichen Gleichgewichte in Richtung der „Emerging Economies“ das mit Abstand wahrscheinlichste Szenario ist; die Frage muss also lauten, wie damit umzugehen ist. Zweitens, dass diese Entwicklung viele wirtschaftliche Chancen in sich birgt, die die europäischen Unternehmen und Unternehmer nutzen sollten. Drittens, dass noch nicht absehbar ist, welche politischen Herausforderungen z.B. in internationalen Institutionen sich dadurch ergeben und in welchem Maße der internationale Wettbewerb zunehmen wird – Zukunftsszenarien und politische Planung sollten diese Unsicherheiten berücksichtigen und sich mit mehreren Alternativen auseinandersetzen. Viertens, dass man Chancen wie Risiken am besten begegnet, indem man vorhandene europäische Stärken weiter ausbaut: Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Unternehmergeist, hochwertige Forschung und Entwicklung.

Letztendlich steht jedoch natürlich die Frage im Raum, wie man Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmergeist und Innovationsfähigkeit nachhaltig beeinflussen kann. Bildung wur-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO  
GROßBRITANNIEN**

ALEXANDER DILTHEY  
MAXIMILLIAN HOELL  
CLAUDIA CRAWFORD

8. JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

de als ein wichtiges Element hervorgehoben, genauso wie die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen und die Flexibilität der Arbeitsmärkte. Die Schuldenkrise Europas führt eindrücklich vor Augen, dass zusätzliche Investitionen in einem Feld wohl durch entsprechende Etat Kürzungen in anderen Bereichen begleitet werden müssen (zum Vergleich bietet sich ein Blick auf die Devisenreserven Chinas an). Werden die europäischen Politiker dazu in der Lage sein? Wahrscheinlich nur dann, wenn den europäischen Wählern klar ist, in welcher Größenordnung Veränderungen bevorstehen und welche Risiken damit assoziiert sind. Vielleicht ergibt sich damit als erster wichtiger Punkt für die europäischen Politiker die Kommunikation: von dem was sie schon wissen; Kommunizieren, dass die wirtschaftliche Bedeutung und der wirtschaftliche Einfluss Europas massiv zurückgehen werden; Kommunizieren, dass Europa erst am Anfang dieser Entwicklung steht, und dass der Endpunkt nicht absehbar ist; Kommunizieren, dass es notwendig ist, Europa auf den „Shift of Powers“ vorzubereiten und dass sich dafür die Prioritäten staatlichen Handelns verschieben werden müssen.

**Panel II: Education in a Knowledge-Based Society**

Bildung ist ein wichtiges Zukunftsthema, vor allem für Gesellschaften, die so stark wie Deutschland und Großbritannien auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen sind. Beide Länder setzen dabei unterschiedliche wirtschaftliche Akzente: während Deutschland mit industriellen Exporten Erfolg hat, ist die City of London zum Finanzzentrum Europas geworden. Die Frage ist, ob dieses Modell Zukunft hat? Berücksichtigt werden muss vor allem der demographische Wandel: ist es eine besondere Herausforderung, im Durchschnitt ältere Arbeitnehmer und Innovationsfähigkeit zusammenzubringen? Und wie gut oder schlecht sind die europäischen Bildungsinstitutionen im Vergleich zu denen der BRIC-Staaten, insbesondere China? Muss es europäische Politiker beunruhigen, wenn sich eine chinesische Kohorte den ersten Platz bei PISA sichert?

Zur Diskussion dieser und anderer strategischer Fragestellungen kamen Professor William H. Dutton, Professor Ken Mayhew und Professor Dieter Lenzen in Oxford zusammen, unter der Moderation von Sean Coughlan.

Das Panel identifizierte drei wichtige Themenkomplexe. Erstens, welche Anforderungen stellen die Arbeitsmärkte und Wirtschaftsstrukturen der Zukunft an die Arbeitnehmer der Zukunft? Welche Fähigkeiten müssen diese mitbringen, um international wettbewerbsfähig zu sein und produktiv zur Wertschöpfung beitragen zu können? Zweitens: welche Art von Bildungssystem, welche Akzente in der Ausbildung von Schülern und Studenten, können dorthin führen? Gibt es hier charakteristische Unterschiede zwischen westlichen und asiatischen Ansätzen? Drittens, ist es möglich oder empfehlenswert, moderne Informationstechnologie und moderne Managementmethoden verstärkt im Bildungssystem einzusetzen?

Klar ist zumindest, dass der Anteil der Arbeitnehmer, die einer hochqualifizierten Beschäftigung nachgehen werden, in Zukunft zunehmen wird. Gilt dies für die gesamte Gesellschaft, oder handelt es sich hierbei vielleicht um ein Phänomen, das nur diejenigen betrifft, die ohnehin schon recht gut ausgebildet sind? Das hänge, so Professor Mayhew, in erheblicher Weise von der Wirtschaftsstruktur der Zukunft ab – auf jeden Fall bestehe das Risiko, dass eine „Hourglass Economy“ entsteht, bei der viele Menschen am unteren und oberen Ende der Qualifikations- und Gehaltsskala stehen, aber verhältnismäßig wenige in der Mitte.

Als sichere Annahme kann auch gelten, dass der internationale Wettbewerb in Zukunft eher zu- als abnehmen wird: zwischen Unternehmen und Wirtschaftsräumen, aber natürlich auch zwischen den besten Köpfen. In diesem Kontext bedeutet das hervorragende Abschneiden z.B. Chinas bei PISA, dass die westlichen Länder sich darauf einstellen müssen, dass in Zukunft auch diejenigen Produkte, die im oberen Bereich der Technologie- und Wertschöpfungskette platziert sind, mit ähnlich guten – oder besseren – Produkten aus östlichen Ländern wer-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO**

**GROßBRITANNIEN**

ALEXANDER DILTHEY

MAXIMILLIAN HOELL

CLAUDIA CRAWFORD

8. JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

den konkurrieren müssen. Auf Bildung und Arbeitsmärkte heruntergebrochen bedeutet das: der deutsche Ingenieur der Zukunft muss mindestens so gut sein wie der chinesische Ingenieur der Zukunft, wenn nicht sogar besser – zumindest unter der Voraussetzung, dass auch in einigen Jahrzehnten das Durchschnittseinkommen in Deutschland wahrscheinlich noch höher sein wird als in China, und dass Deutschland die Belastungen des demographischen Wandels früher zu spüren bekommen wird, als die asiatischen Länder. Für den deutschen Facharbeiter wird ähnliches gelten, und vielleicht – je nachdem, mit welcher Intensität die Globalisierung von Herstellungsprozessen voranschreitet – auch für den einfachen Arbeiter.

Doch woran entscheidet sich, ob ein deutscher oder britischer Student im 21. Jahrhundert das Potential hat, irgendwann einmal ein guter Ingenieur oder Risikomanager in einer Londoner Bank zu werden? Zum einen geht es um Fähigkeiten, die auch heute schon in diesen Bereichen benötigt werden: z.B. mathematische Kenntnisse, Urteilsvermögen und Kommunikationsfähigkeit. In diesem Zusammenhang erscheinen die Defizite europäischer Schüler gerade in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern bedenklich. Auf der anderen Seite verändern sich Arbeitsprozesse und Anforderungen, auch durch den Einfluss der Informationstechnologie. Das „Networked Individual“, ein Begriff, der von Professor Dutton in die Debatte eingebracht wurde, muss in der Lage sein, die sozialen und technischen Netzwerke der Zukunft zu verstehen und richtig einzusetzen – am konkreten Beispiel einer Forscherin bedeutet das zum Beispiel, dass sie die Wissensressourcen des Internets für ihre Arbeit einzusetzen weiß (was ihr im Vergleich zu vorherigen Generationen langwierige Recherchearbeit spart) und dass sie kein Problem hat, online mit Kollegen aus dem Ausland zusammenzuarbeiten und potentiell interessante neue Kooperationspartner zu identifizieren.

Undeutlich blieb in der Diskussion, was das für die Zukunft der europäischen Bildungssysteme bedeutet. Ein erster Schritt könnte

sein, anzuerkennen, dass z.B. das chinesische Abschneiden bei PISA ein großer Erfolg ist, der mit Sicherheit auch reale und relevante Fähigkeiten widerspiegelt. Der beliebte Reflex, im Zusammenhang damit dann darauf hinzuweisen, dass die Europäer kreativer seien, führt nicht weit: erstens ist, wie Professor Lenzen bemerkte, die Annahme, dass chinesische Schüler und Studenten grundsätzlich weniger Potential für Kreativität mitbrächten, absurd. Zweitens verkennt eine solche Reaktion die Grundlagen technischer und wissenschaftlicher Innovationsprozesse: Neuerungen entstehen hier nicht auf „kreative“ Weise aus dem luftleeren Raum, sondern fast immer als Verbesserungen bestehenden Wissens – und wer über dieses nicht verfügt, kann auch nicht kreativ-innovativ tätig sein.

Das sollte aber, so Professor Lenzen sinngemäß, nicht dazu führen, existierende europäische Stärken geringzuschätzen: „Bildung“ (in der deutschen Bedeutung des Wortes) sei nach wie vor zu Recht das primäre Ziel aller Ausbildungsanstrengungen, und gerade „Bildung“ sei es, die einen befähige, mit einer sich schnell verändernden, von Informationstechnologien geprägten (Arbeits-)Welt umzugehen. Insbesondere sollten die Universitäten und Schulen nicht den Fehler machen, sich den kurzfristigen Zielvorstellungen der Politik zu unterwerfen; diese versuche ohnehin zu häufig, genuin politische Vorstellungen, wie z.B. bestimmte Gleichheitsideen, durch das Bildungssystem umzusetzen – ohne zu realisieren, dass dies praktisch zwangsläufig zu einer Überforderung führen müsse.

Professor Mayhew warnte vor einer Über-Akademisierung eher handwerklicher Tätigkeiten – ob es z.B. einen Studiengang „Beach Management“, wie an manchen Universitäten in Großbritannien, geben müsse, sei dahingestellt – hier könnte ein kontinentaleuropäisches Modell, wie z.B. das der deutschen dualen Ausbildung, zu deutlich besseren Ergebnissen führen.

Schließlich: wie lassen sich moderne Technologien und Managementtechniken einsetzen, um Bildung zu verbessern? Professor Dutton berichtete von seiner Erfahrung mit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO  
GROßBRITANNIEN**  
ALEXANDER DILTHEY  
MAXIMILLIAN HOELL  
CLAUDIA CRAWFORD

8. JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

europäischen Universitäten: im Vergleich zu amerikanischen Universitäten seien diese sehr gut darin, Top-Down-Innovationen umzusetzen, aber an der Bereitschaft, in Bottom-Up-Manier Veränderungen anzunehmen, mangle es. Zudem sei er überzeugt, dass das Internet ein enormes Bildungspotential hätte, nur sei noch nicht klar, wie dieses umzusetzen sei.

Erlaubt dieses Panel, eine **Schlussfolgerung** zu ziehen? Dass ein hohes Qualifikationsniveau am Arbeitsmarkt in Zukunft wohl noch stärker belohnt werden wird, als heute schon, ist keine Neuigkeit – interessant bleibt aber die Frage, wie sich Positionen und Vergütungen im mittleren Bereich entwickeln werden. Für europäische Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit wäre es mit Sicherheit vorteilhaft, wenn sich keine „Hourglass Economy“ entwickeln würde. Auch der Einfluss der Informationstechnologien ist ebenso bekannt wie prognostizierbar, mit der schon lange bestehenden Hoffnung, dass man diese Technologien irgendwann produktiv im Bildungsbereich wird einsetzen können.

Wer Bildung als einen wettbewerbsfähigen Standortfaktor in Zeiten der Wissensgesellschaft versteht, muss wahrscheinlich erst einmal anerkennen, dass einige der Länder, die den „Shift of Powers“ tragen, gewaltige Anstrengungen in ihre Bildungssysteme unternommen haben und dass diese nun Früchte tragen. Wer das akzeptiert, kann auch nach den zugrundeliegenden Erfolgsfaktoren fragen und ob Europa, bei aller kultureller Verschiedenheit, hier vielleicht einzelne Elemente übernehmen kann. Die Idee, Bildung ganzheitlich zu begreifen, steht sicherlich nicht zur Disposition – aber vielleicht hat man darüber in Europa manchmal vergessen, dass harte Arbeit und Anstrengung mindestens genauso wichtige Bildungsfaktoren sind, wie die Bildungsphilosophie. Vielleicht werden zukünftige europäische Schüler- und Studentengenerationen mehr Zeit und Anstrengung in ihre Ausbildung investieren müssen. Vielleicht werden sie sich in Bezug auf Arbeitseifer und Fleiß ein kleines bisschen mehr an ihren chinesischen Kollegen orientieren müssen.

Auf dem Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts ist das ohnehin unvermeidlich.

### **Panel III: Economic and Social Integration Policies in Germany and Britain**

Welche Faktoren entscheiden über die Wettbewerbsfähigkeit eines Staates oder Kontinents im 21. Jahrhundert? Ebenso populäre wie plausible Antworten sind z.B. das Ausbildungsniveau der Bürger, der effiziente Einsatz von Steuermitteln oder die allgemeine Handlungsfähigkeit des politischen Systems.

In diesem Kontext (aber nicht nur in diesem Kontext) müssen Statistiken, die nahelegen, dass eine bestimmte Gruppe von Bürgern nicht so am wirtschaftlichen und politischen Leben partizipiert wie andere Gruppen, beunruhigen. In Deutschland wie in Großbritannien existieren derartige Statistiken für die Gruppe der „Immigranten“.

Daraus ergibt sich eine Reihe von Fragen. Erstens, stimmen diese Statistiken? Zweitens, ist die von manchen vorgebrachte (und von manchen abgelehnte) Interpretation dieser Statistiken plausibel, dass es der Status „muslimischer Migrant“ ist, der die beobachteten Unterschiede am besten erklärt? Schließlich drittens, unter der Voraussetzung, dass die beiden vorherigen Fragen nicht verneint wurden: woran liegt es, dass Migranten im politischen und wirtschaftlichen Bereich nicht so intensiv partizipieren wie andere gesellschaftliche Gruppen? Provokativ: wären die Gründe dafür eher bei den Migranten oder bei der umgebenden Gesellschaft zu suchen?

Aus einer Vielzahl von Gründen ist es wünschenswert, dass jedes Mitglied einer Gesellschaft die gleichen Chancen hat, sich seinen oder ihren Fähigkeiten und Wünschen entsprechend zu verwirklichen. Aber woraus ergibt sich die Relevanz im „Shift of Powers“? Die Fähigkeit einer Gesellschaft, mit schnellem Wandel umzugehen, wird mit Sicherheit nicht verbessert, wenn fünf von (schrumpfenden) 84 Millionen Bürgern dauerhaft unter ihren Möglichkeiten leben. Man könnte auch sagen: erfolgreiche Integration ist eine Kern-Herausforderung der deut-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AUSLANDSBÜRO

### GROßBRITANNIEN

ALEXANDER DILTHEY  
MAXIMILLIAN HOELL  
CLAUDIA CRAWFORD

8. JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

schen und britischen Politik der nächsten Jahrzehnte.

Shenaz Bunglawala, Sasha Havlicek, Matthias Matussek haben diese Themen angesprochen und diskutiert, Peter Craven hat das Panel moderiert.

Als erstes wurden von Shenaz Bunglawala Statistiken hervorgehoben. Sie erläuterte, dass es für Großbritannien Studien gebe, die zeigten, dass ethnische Minderheiten (darunter auch Muslime) unterdurchschnittlich am wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Leben partizipierten. Der Status „ethnische Minderheit“ korreliere hierbei stark mit sozioökonomischen Faktoren. Zudem spielten Generationeneffekte eine Rolle, da der Großteil der britischen Immigranten erst in der zweiten oder dritten Generation in Großbritannien lebe. Sasha Havlicek ging kurz auf ähnliche Statistiken für andere europäische Länder, darunter auch Deutschland, ein, und betonte, dass die gemessene soziale Mobilität für Migranten häufig unterdurchschnittlich sei. Matthias Matussek erwähnte die von Thilo Sarrazin vorgebrachten Statistiken zur Lage der muslimischen Migranten in Deutschland.

Welche Gründe könnten bei der Erklärung dieser empirischen Befunde eine Rolle spielen? Im Panel wurde eine Vielzahl von Faktoren diskutiert, z.B. Zeitpunkt des Spracherwerbs und Diskriminierung.

Ein wichtiger Erklärungsansatz ist, die beobachtete Korrelation zwischen niedrigerem sozioökonomischem Status der Migranten und Partizipation/Bildungserfolg etc. als Kausalität zu interpretieren. Also: die Migranten haben niedrigeres Durchschnittseinkommen und einen niedrigeren formalen Bildungsgrad, daher sind sie in verschiedenen Bereichen nur unterdurchschnittlich erfolgreich. Die Frage, woher überhaupt der niedrigere sozioökonomische Status kommt, ist dann als nächstes zu beantworten: Begründungen wären z.B. Diskriminierung, ein aus dem Ursprungsland der Elterngeneration importierter niedrigerer Status oder dritte Faktoren.

Eine Rolle spielen könnte auch die Einstellung der Migranten und der Wille zum Erfolg, die „Aspiration“. Sasha Havlicek wies darauf hin, dass diese bei Migranten in die USA oder Kanada häufig sehr ausgeprägt sei, bei deutschen Muslimen dagegen eher weniger. Dies könnte, so ihre Interpretation, auch damit zu tun haben, dass Diskussionen über Integration in Westeuropa häufig über kulturelle Identität geführt werden und damit möglicherweise Muslimen das Gefühl geben könnten, nicht zur kulturellen „Mehrheitsgesellschaft“ zu gehören. Matthias Matussek wies darauf hin, dass Immigranten anderer Kulturkreise in Deutschland im Durchschnitt besser integriert seien (gemessen z.B. an Bildungserfolg oder Kriminalitätsrate), und dass dies auf den Islam an sich als wichtigen Erklärungsfaktor hindeute.

Beleuchtet wurde auch die Rolle des Sozialstaats und der Zusammenhang mit Aspirati- on: wäre es möglich, dass in Ländern mit beschränkterem Zugang zu Sozialleistungen ein höherer Integrationsdruck herrscht und damit auch ein höherer Druck, z.B. die Landessprache zu lernen? Spielen Sozialleistungen womöglich eine Rolle bei der Emigrationsentscheidung, also in Bezug darauf, in welches Land Menschen mit viel „Aspiration“ sich entscheiden zu emigrieren?

Ein weitere Fragestellung war, wie Identität in modernen Staaten in einer globalisier- ten Welt definiert werden sollte: Welche Bedeutung spielt nationale und kulturelle Identität, und welche Rolle spielt dabei der Staat? Im Panel wurden hierzu zwei Positionen vertreten: Einerseits, dass Diskussionen über Identität sich in Zeiten der Globalisierung darauf beschränken sollten, universelle Werte wie Demokratie und Menschenrechte zu betonen, ansonsten aber keine kulturellen Setzungen vornehmen sollten. Der Staat solle Multikulturalismus begrüßen und keine Aussagen über kulturelle Identität machen. Andererseits, dass kulturelle Identität gerade in Zeiten der Globalisierung wichtig sei und dass diese zumindest in der Diskussion über Identität eine Rolle spielen solle. Peter Craven wies zusätzlich auf die wirtschaftliche Bedeutung von Immigration hin, die daher von vielen Regierungen, aber nicht

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AUSLANDSBÜRO

### GROßBRITANNIEN

ALEXANDER DILTHEY  
MAXIMILLIAN HOELL  
CLAUDIA CRAWFORD

8. JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

unbedingt immer von den jeweiligen Bevölkerungen, gewünscht werde.

Zu den **Schlussfolgerungen** gehört die Feststellung, dass Integration ein Unterfangen ist, zu dem beide Seiten – die aufnehmende Gesellschaft und der Immigrierende – beitragen müssen. Es existieren Untersuchungen, die auf beiden Seiten in Deutschland und Großbritannien Defizite nahelegen. Mit etwas Glück könnte Abhilfe hier dazu führen, dass die statistisch gemessenen Partizipationsdefizite im Laufe der Zeit verschwinden. Insbesondere in Deutschland wäre die Rolle des Sozialstaates in manchen Aspekten zu überdenken und wie hier die Verantwortlichkeit des Einzelnen, sich in den Arbeitsmarkt (und damit in die Gesellschaft) zu integrieren, gestärkt werden könnte. Auf Seite der aufnehmenden Gesellschaft wäre nachzudenken über verbesserte Bildungsangebote und auch über die Einstellung gegenüber Migranten: die Erwartung, dass diese sich kulturell in allen Aspekten dem umgebenden Land anzupassen, wäre übertrieben.

Dieses Panel mochte sich nicht zu einer gemeinsamen Meinung über Identität in globalisierten Zeiten durchringen. Bis auf einen Punkt: die Werte des liberalen Verfassungsstaates wurden von allen Panelisten ohne Vorbehalte als kulturelle Grundlage akzeptiert. Damit bleibt als kleinster gemeinsamer Identitäts-Nenner: ich bin Demokrat.

#### **Panel IV: The European Union – A Global Player?**

Wirtschaftliche Entwicklungen stehen am Beginn des „Shift of Powers“ – das Bestreben um politischen Einfluss folgt dem. Nicht nur das politische Selbstbewusstsein, auch die Möglichkeiten realer politischer Machtausübung haben in Ländern wie Indien und China im Laufe der letzten Jahrzehnte stark zugenommen. Gespiegelt wird diese Entwicklung von einem relativen Bedeutungsverlust der westlichen Länder. Das betrifft Europa genauso wie die USA und wirft eine Vielzahl von Fragen für die Europäer auf. Die klassische Frage lautet: Was will Europa? Im Kontext des relativen Machtverlusts lautet sie: Was kann Europa? Wie sorgt man

dafür, dass die effektiven europäischen Fähigkeiten nicht hinter den potentiellen europäischen Möglichkeiten zurückbleiben? Und schließlich auch: Welche Zukunft hat die atlantische Allianz mit den USA, sowohl aus europäischer als auch aus amerikanischer Perspektive?

Jeder dieser Fragen könnte man eine eigene Konferenz widmen – aber eine eigene Konferenz zum „Shift of Powers“ ohne Beschäftigung mit diesen Fragen wäre gleichermaßen undenkbar. Das Europa-Panel diskutierte nicht entlang einer einzigen Linie, sondern beschäftigte sich mit einer Vielzahl von zentralen Punkten. Unter der Moderation von Roland Freudenstein entwickelte sich diese Diskussion zwischen Peter Altmaier, Anthony Teasdale und Hartmut Mayer zu einem gelungenen Beispiel für „Tiefgang durch Vielfalt“ – und am Stil des Panels orientiert sich auch diese Zusammenfassung.

Was wollen die Europäer? Als Minimalkonsens dazu darf gelten: nicht zuschauen müssen, wenn Dinge offensichtlich falsch laufen. Auch wenn die konkrete Rolle der EU in der Libyen-Krise recht beschränkt ist, so stellte das Panel doch heraus, dass es sich hier um eine Selbstbeschränkung handelt: durch den Vertrag von Lissabon existiert das institutionelle Gerüst, mit derartigen Krisen umzugehen. Mit Frankreich und Großbritannien spielen nun zwei große europäische Länder eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Krise.

Als große Stärke der EU zur Beeinflussung internationaler Entwicklungen muss ihr wirtschaftliches Gewicht gelten – auch, wenn die relativen Gewichte sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte verschieben werden, der heute größte Wirtschaftsraum der Welt wird auch in Zukunft noch eine wichtige Rolle spielen.

Was motiviert Europa, international eine Rolle spielen zu wollen? Zum einen wurde einstimmig der Wunsch, europäische Interessen angemessen wahrnehmen zu können hervorgehoben. Zum anderen aber, wie Roland Freudenstein in seinen schließenden Bemerkungen herausstellte, steht Europa auch für Freiheit und Menschenrechte, und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO  
GROßBRITANNIEN**

ALEXANDER DILTHEY  
MAXIMILLIAN HOELL  
CLAUDIA CRAWFORD

8. JUNI 2011

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

daran werde sich, so Freudenstein, auch in Zukunft nichts ändern, völlig unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte.

Hartmut Mayer stellte heraus, dass Europa insgesamt gut daran tun würde, sich einen neuen „Narrative“ zu geben: die Sicherung von Frieden innerhalb Europas bleibe natürlich weiterhin eine wichtige Aufgabe der EU, aber jüngere Generationen, die nicht vom zweiten Weltkrieg geprägt seien, nähmen dies als selbstverständlich hin. Eine neue Erzählung würde sowohl die Identifikation der Europäer mit der EU stärken als auch das europäische „Soft Power“-Potential erhöhen.

Peter Altmaier stellte heraus, wie wichtig es sei, dass in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten genug Experten für Außenpolitik sitzen – und beklagte, dass deren Zahl immer weiter abnehme, wahrscheinlich, weil außenpolitische Themen inzwischen so komplex seien, dass sich damit nur schwer Wahlen gewinnen lassen würden.

Das ganze Panel, und insb. Anthony Teasdale, betonte die Wichtigkeit des Bündnisses mit den USA: gerade in Zeiten des relativen Bedeutungsverlustes sei es wichtig, dass die westlichen Länder ihre Allianz stetig erneuerten. Das Panel und Fragen aus dem Publikum beschäftigten sich aber auch mit der möglicherweise in den USA vorhandenen Skepsis bezüglich der tatsächlichen außenpolitischen Handlungsfähigkeit der EU: in Anlehnung an Henry Kissinger sei immer noch nicht wirklich klar, „wer in Europa denn nun angerufen werden“ müsse, wenn es eine außenpolitische Krise gebe.

In Bezug auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wurden verschiedene Punkte diskutiert: einerseits gibt es mit dem Vertrag von Lissabon nun eine institutionelles Grundstruktur, diese umzusetzen, und mit Lady Ashton auch eine persönliche Repräsentantin; andererseits gibt es in Ländern wie Großbritannien, die eine lange Tradition größtenteils erfolgreicher Außenpolitik haben, auch skeptische Positionen: erstens, dass es aus dieser Tradition heraus keine Gründe gebe, außenpolitische Souveränität

zu teilen (anders als z.B. als in Deutschland); und zweitens, dass man diese auf keinen Fall mit bestimmten kleineren Ländern teilen wolle, in denen Außenpolitik in erster Linie als Mittel zur Steigerung der Popularität der jeweiligen Regierung gesehen werde.

Insgesamt stimmte das Panel vorsichtig optimistisch: bei allen kurz- und mittelfristigen Problemen, mit denen die EU im Moment konfrontiert ist, gibt es doch kleine Schritte in Richtung einer verbesserten außenpolitischen Handlungsfähigkeit. Diese könnten zwar schneller implementiert werden, als es derzeit der Fall ist, aber eine gewisse institutionalisierte Behändigkeit hat bisher den gesamten europäischen Integrationsprozess ausgezeichnet. Im Kontext des „Shift of Powers“ bleibt Europas wichtigstes Einflussmittel wahrscheinlich seine wirtschaftliche Potenz: und wie die zu erhalten sei, wurde in anderen Panels diskutiert.

### **Ergebnisse der Konferenz**

Die vier Panels mit vier unterschiedlichen Themen korrespondierten in unterschiedlicher Weise zu dem Phänomen des „Shift of Powers“. Zwei übergeordnete Punkte ist es jedoch der Konferenz gelungen, zu identifizieren.

Erstens haben alle vier Panels aufgezeigt, dass es beträchtliche Herausforderungen gibt – aber auch, dass keine dieser Herausforderungen für sich genommen unlösbar ist. Mehr noch, Herausforderungen sind einhergehend mit Chancen: wirtschaftlichen, kulturellen und politischen. Zum zweiten wird sich Europa nicht neu erfinden müssen. Europa war schon einmal der innovativste Kontinent dieses Planeten, der Kontinent, auf dem am härtesten gearbeitet wurde und auf dem das Wort „Bildung“ mit seiner modernen Bedeutung gefüllt wurde und Politiker und weitere Entscheidungsträger erfolgreich Herausforderungen identifizierten und bewältigten. Wenn Europa sich auf einige seiner Stärken einheitlich zurückbesinnt, kann es sich dem „Shift of Powers“ in eine günstige Position stellen und somit Risiken minimieren und Möglichkeiten nutzen.



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

### **Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Großbritannien  
und Irland

63 Eccleston Square  
London SW1V 1PH  
United Kingdom  
Telefon  
+44 20 7834 4119  
Telefon  
+44 20 7834 4134